

Pressemitteilung AOK NordWest

Arzneimittel-Ausgaben in Schleswig-Holstein weiter gestiegen: Ärzte verordneten in 2016 Medikamente für mehr als 1,25 Milliarden Euro. AOK-Chef kritisiert Mondpreise bei neuen Arzneimitteln

24. Mai 2017

Kiel. In Schleswig-Holstein sind die Ausgaben für Arzneimittel weiter gestiegen: Im vergangenen Jahr verordneten die niedergelassenen Ärzte im Land für die rund 2,4 Millionen gesetzlich Versicherten Medikamente im Wert von 1,25 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 40 Millionen Euro (3,5 Prozent). Insgesamt wurden 25,6 Millionen Arzneimittel-Packungen verordnet. Dies teilte heute die AOK NORDWEST auf Basis der aktuellen Statistiken des GKV-Spitzenverbandes mit. „Ursache für den erneuten Kostenanstieg sind nach wie vor die ausufernden hohen Preise für patentgeschützte Arzneimittel“, sagt AOK-Vorstandsvorsitzender Tom Ackermann. Der AOK-Chef kritisiert, dass die Politik auch durch das neue Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz (GKV-AMVSG), das am 1. April in Kraft getreten sei, das Preisproblem nicht gelöst habe.

So hätte die von der Politik zunächst geplante Umsatzschwelle als ‚Höchstgrenze‘ für Medikamentenpreise im ersten Jahr nach deren Zulassung ein Schritt hin zu rückwirkenden Preisvereinbarungen sein können, um das Problem der Mondpreise für patentgeschützte Arzneimittel zu lösen. „Wir brauchen echte Regulierungsmöglichkeiten für Arzneimittelpreise im ersten Jahr nach Markteintritt, damit die Arzneimittelausgaben für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nicht noch weiter aus dem Ruder laufen und die finanzielle Stabilität des Sozialsystems gefährden“, kritisiert Ackermann.

Im Durchschnitt bekam 2016 jeder gesetzlich Versicherte in Schleswig-Holstein Arzneimittel für rund 516 Euro verordnet. Damit liegt Schleswig-Holstein 90 Euro unter dem bundesweiten Wert von 606 Euro. Insgesamt haben die Patienten im vergangenen Jahr Zuzahlungen für Arzneimittel in Höhe von über 77,9 Millionen Euro geleistet, das sind durchschnittlich mehr als 32 Euro je Versicherten und drei Prozent mehr als 2015.